



AUTONOMIEKONVENT  
CONVENZIONE SULL'AUTONOMIA  
CONVENZIUN D'AUTONOMIA

Südtirol mitdenken  
Immaginare l'Alto Adige  
Pensé I Südtirol



**SCHALT DICH EIN!**  
**ATTIVATI!**  
**ATIVETE!**

[konvent.bz.it](http://konvent.bz.it)  
[convenzione.bz.it](http://convenzione.bz.it)  
[convenziun.bz.it](http://convenziun.bz.it)

## **Zusammenfassung/Riassunto**

**Open Space, 05.03.2016, Bozen/Bolzano,  
EURAC**

## **Open Space, 5. März 2016, Bozen, EURAC**

### **Themenübersicht und Zusammenfassung der Protokolle**

Dieser Text dient der Information und gibt eine qualitative Übersicht zu den Themen und Überlegungen, die in der achten Open-Space-Veranstaltung im Rahmen des Südtirol-Konvents an der EURAC in Bozen erarbeitet worden sind. Er geht auf unterschiedliche Fragestellungen und Argumente ein, versucht kontroverse Positionen auszuleuchten, erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Als Grundlage dienen die von den Teilnehmenden verfassten Protokolle zu den einzelnen Workshops. Für deren genauen Wortlaut wird auf die vollinhaltliche Transkription ([http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/alle\\_protokolle\\_bozen\\_05-03-16.pdf](http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/alle_protokolle_bozen_05-03-16.pdf)) verwiesen.

Es standen insgesamt 35 Themen zur Diskussion und entsprechend viele Protokolle wurden dem Sekretariat des Autonomiekonvents übermittelt.

Die Vorschläge aus diesen Protokollen wurden zu den folgenden 14 alphabetisch gereihten thematischen *Clustern* zusammengefasst, die weitgehend jenen der vorangehenden Open Space Veranstaltungen entsprechen.

#### **1. Ausbau der Autonomie**

Die Autonomie wird einerseits als wichtiger Grundpfeiler des Minderheitenschutzes betrachtet, dessen Annullierung als Rückschritt gesehen wird. Die Diskussion über die Autonomie soll innerhalb der gesamten Gemeinschaft erfolgen. Andererseits wird die Autonomie als „erschöpft“ bezeichnet bzw. allenfalls als gute Zwischenlösung im Hinblick auf die künftige Eigenstaatlichkeit oder die Rückkehr zu Österreich. Konkret soll der Staat nur 2-3 Kompetenzen behalten und die Rechtssicherheit für jene Kompetenzen geschaffen werden, die Südtirol selbst verwaltet (u.a. durch die Aufhebung der Suprematie-Klausel). Angemerkt wird, dass der Zentralismus auch andere Regionen betrifft. Die Autonomie solle konkret wie folgt weiterentwickelt werden: primäre Zuständigkeit im Gesundheitswesen; Übernahme der Agentur der Einnahmen von Seiten des Landes; Grundsätze zum Schutz des Territoriums und zur Vermeidung von Zersiedelungen im Bereich der Raumordnung; primäre Zuständigkeiten in Einwanderungsfragen und im Bereich des Grenzschutzes; Sportautonomie (eigene Flagge, Hymne und Olympisches Komitee); eine zweite Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bozen; eine internationale Ausrichtung des Schiedsgerichts bei der Handelskammer; Festschreiben der Autonomie der Genossenschaftsbanken in Südtirol im Autonomiestatut. Im Sinne des Subsidiaritätsgrundsatzes sollen Landeskompetenzen an die Gemeinden übertragen werden: Hierfür soll unter Berücksichtigung der Rolle der Landeshauptstadt ein entsprechender Rahmen festgelegt werden.

#### **2. Bürger/-innenbeteiligung**

Die Bedeutung von Gemeinschaftsdenken und Eigenverantwortung wird unterstrichen. Bürgerrechte haben zwei Seiten: Rechte und Pflichten. Bürgersinn, Mündigkeit und partizipative Teilhabe gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität sollen gefördert werden, etwa bei Verbauungskonzepten und Gewerbebezonen. Die partizipative Kultur soll im Autonomiestatut verankert werden. Bedeutsame Beispiele sind: Bürgerversammlungen in Form von Open Space, Bildungsinitiativen durch Schulen, einlösbare Informationsrechte.

### **3. Einwanderung**

Hierzu wird sehr kontrovers diskutiert. Man solle die Kriege beenden, die die Migrationswelle von Kriegsflüchtlingen ausgelöst haben. Es müsse eine Aufbauhilfe für Kriegsgebiete geleistet werden. Die Errichtung von Zäunen sei nicht die Lösung. Einer anderen Wortmeldung zufolge sind Zäune notwendig, da aus Afrika aufgrund der Klimaveränderungen potenziell 200 Millionen Menschen nach Europa kommen könnten. Eine Begrenzung der Zuwanderung sei notwendig, um die Wirksamkeit der Maßnahmen sicherzustellen. Klimaveränderungen sollten als Fluchtgrund ausgeschlossen werden, da es Technologien für höhere Ernteerträge gibt. Es wird die primäre Zuständigkeit Südtirols in Zuwanderungsfragen eingefordert und vor Parallelgesellschaften gewarnt: alle können „wir“ nicht aufnehmen. Jene, die kommen, sollten sich anpassen, keine Forderungen stellen und nicht kriminell werden. Viele Flüchtlinge aufzunehmen gehe zu Lasten der Lebensqualität. Auf der anderen Seite wird als positives Beispiel Terlan genannt.

### **4. Europaregion**

Die Landtage sollten Kompetenzen an die Europaregion abtreten. Letztere soll bindende Beschlüsse gegenüber den Nationalstaaten fassen können. Weitere Anliegen sind die Zusammenarbeit der Universitäten, ein Euregio-Ticket für den öffentlichen Verkehr, grenzüberschreitende Sportligen, die Bewusstseinschaffung des Euregioraums durch die mediale Berichterstattung sowie mehr Bürgerbeteiligung bei gemeinsamen Anliegen.

### **5. Kultur**

Die unterschiedlichen Identitätskonstellationen sollen im Autonomiestatut berücksichtigt werden. Kultur müsse gelebt werden, auch in der Familie. Denn sie trägt zur Verwurzelung der Kinder bei. Bräuche stammen aus der Vergangenheit; auch neue Bräuche müssen entstehen. Die Autonomie soll die kulturellen Wurzeln stärken, damit Offenheit entsteht. Die kulturelle Vielfalt soll erhalten werden. Im Bereich der Jugendkultur sollen Vereine bürokratisch und finanziell unterstützt werden, jedoch nicht bei nationalistischer Ausrichtung. Zweisprachige Kulturmediatoren könnten dafür sorgen, dass die deutsche und die italienische Kultur einen Bezug zueinander entwickeln.

### **6. Ladinien**

Auf regionaler Ebene solle eine eigene ladinische Gebietskörperschaft mit legislativen und administrativen Kompetenzen nach belgischem Muster errichtet werden, die neben der normalen Territorialadministration auch mit sprachgruppenspezifischen Verwaltungskompetenzen für die ladinische Sprachpflege und –entwicklung, Toponomastik, Kultur, Brauchtum und Unterrichtswesen ausgestattet sein soll. Für alle ladinischen Täler sollte ein Parlamentswahlkreis eingerichtet werden. Die sprachliche Zusammenarbeit der Ladinier wird als grundlegend für deren Fortbestand erachtet. Als Vorbild gilt die Schweiz.

### **7. Nachhaltigkeit**

Im Autonomiestatut sollen Leitlinien und allgemeine Ziele zum Schutz der Natur, der Vielfalt der Landschaft und der Gesundheit festgehalten werden. Das Gemeinwohl soll primäres Ziel aller Gesetze sein und die Eigenverantwortung und der Bürgersinn sollen

gestärkt werden. Rücksicht soll insbesondere auf die kleinstrukturierte Landwirtschaft genommen werden. Der Güterverkehr könne nicht wie bisher weiterlaufen, denn dies käme dem Kollaps des Verkehrs auf der Autobahn gleich. Die Kostenwahrheit wird eingefordert. Regionale Wirtschaftskreise könnten den Transitverkehr reduzieren. Südtirol soll im Spannungsfeld Global-Lokal zukunftsfest gemacht werden.

## **8. Präambel**

Werte, Grundsätze und Menschenrechte sollen zusätzlich zu den Rechten und Pflichten der Einzelnen im Sinne einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft erwähnt werden. Letztere wird als primäres Ziel der Gesetzgebung betrachtet. Vor allem für öffentliche Betriebe mit Verpflichtung zur Wirksamkeitsüberprüfung werden die Entstehung von Gemeinwohlregionen und die Erstellung von Gemeinwohlabilanzen befürwortet. Auch sollen die Schutzmachtfunktion Österreichs und der Begriff „österreichische Minderheit“ sowie das Recht auf Doppelstaatsbürgerschaft in die Präambel mit aufgenommen werden.

## **9. Proporz und Mehrsprachigkeit**

Einige bezeichnen den Proporz als Grundpfeiler der Autonomie und als unabdingbares Schutzinstrument aller Sprachgruppen. Für andere ist ein nicht zutreffendes (Sprachgruppen-)Bekenntnis nicht zumutbar: Der Proporz sei überholt. Er solle für 10 Jahre ausgesetzt werden, um die Auswirkungen zu überprüfen. Die Aussetzung stößt teilweise auf Zustimmung, während ein Abrücken von der Zweisprachigkeitspflicht abgelehnt wird. Kritisiert werden opportunistische Sprachgruppenerklärungen aus ökonomischen Gründen.

## **10. Schule**

Einerseits diskutiert man über den unabdingbaren Erhalt des Art. 19 des Autonomiestatuts und spricht sich gegen Experimente aus. Zuerst müsse die Hochsprache gelernt werden. Andererseits wird das Recht der Eltern, sich für einen zweisprachigen Unterricht zu entscheiden, hervorgehoben. Diesbezüglich wird eine Ergänzung des Art. 19 vorgeschlagen, damit Kinder auch in Immersionsschulen eingeschrieben werden können. Als Alternative wird die Anlehnung an das britische Schulsystem ins Gespräch gebracht. Was die Didaktik betrifft, wird die Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts gefordert, aber auch mehr Zugang zur Berufswelt und die Förderung des Eigenlernens. Angeregt werden auch sprachgruppenübergreifende Pilotprojekte. Im Kindergarten soll das Recht auf Einschreibung deutscher Kinder in deutsche Kindergärten in Wohnortnähe im Autonomiestatut verankert werden. Andere können sich die Ausweitung des ladinischen Schulmodells auf den Kindergarten vorstellen. Die Kenntnis über die Autonomie solle auch Unterrichtsgegenstand sein.

## **11. Selbstbestimmung/Eigenständigkeit**

Kontrovers sind die Meinungen zur Eigenstaatlichkeit Südtirols. Einerseits wird die Verankerung des Selbstbestimmungsrechts im Autonomiestatut gefordert und eine Abstimmung hierzu. Andererseits wird der Freistaat als irrealer Traum bezeichnet, der wirtschaftlich nicht umsetzbar sei. Einige halten die Bildung eines Freistaats aufgrund der guten Wirtschaftslage Südtirols jedoch für machbar. Die Italiener in Südtirol müssten in diesen Prozess eingebunden werden. Die Schweiz wird als Referenzmodell für autonome Verwaltung und Zusammenleben der Volksgruppen genannt. Südtirol gehöre zu Österreich, heißt es. Eine internationale Konferenz auf neutralem Boden solle über die politisch-territoriale Zukunft Südtirols beraten.

## **12. Soziales und Gesundheit**

Der soziale Ausgleich sollte als Grundbedingung für Frieden im Autonomiestatut erwähnt werden. Im Sinne einer solidarischen Kultur sollte das, was die Gemeinschaft erwirtschaftet, in die Gemeinschaft zurückfließen. Das System der Sozialgesetze ist per se defizitär und auf Transfers angewiesen. Das bedingungslose Grundeinkommen und ein eigenes Sozialversicherungssystem sollen im Autonomiestatut verankert werden. Jedes solidarische System habe auch seine Grenzen.

## **13. Südtiroler Folteropfer**

Zwei Zeitzeugen berichten im Open Space über ihre Erlebnisse in der Untersuchungshaft in den 60er Jahren. Es wird angeprangert, dass durch den italienischen Staat in Zeiten der republikanischen Ordnung Folterungen durchgeführt worden sind und jene großteils ungesühnt blieben. Folterungen werden als falsch und illegal bezeichnet. Im Gedenken an die Südtiroler Folteropfer sollen ein Dokumentationszentrum errichtet, ein Gedenktag mit den Flaggen auf Halbmast eingeführt und eine Schweigeminute im Landtag abgehalten werden. Stolpersteine könnten vor den Kasernen, in denen gefoltert wurde, und vor den Wohnhäusern der Opfer bzw. Angehörigen errichtet werden.

## **14. Toponomastik**

Der Begriff „überethnische Toponomastik“ wird zur Diskussion gestellt. Damit ist gemeint, dass zur historischen Toponomastik eine volksgruppenübergreifende Identifikation möglich sei. Der Begriff „Sudtirolo“ soll anstelle von Alto Adige treten. Es wird bedauert, dass der Mut fehle, die faschistischen Dekrete abzuschaffen und wissenschaftliche Ansätze bei der Politik nicht auf Gehör stoßen. Die Prozentlösung unter Bezugnahme auf die Bevölkerungsanteile in den Gemeinden wird auch als Lösung genannt. Gefordert wird eine zivile und interethnische Diskussion zu dieser Thematik.

---

**Open space, 5 marzo 2016, Bolzano, EURAC**  
**Riassunto delle tematiche trattate e dei relativi verbali**

Il presente testo ha scopo informativo e offre una panoramica qualitativa delle tematiche trattate e delle considerazioni emerse durante l'ottavo *open space* della Convenzione sull'Autonomia, che ha avuto luogo all'EURAC di Bolzano. Senza l'ambizione di poter fornire un riassunto esaustivo, si approfondiscono diverse questioni e argomenti con l'intento di illustrare anche le posizioni controverse. Il riassunto si basa sui verbali redatti dai partecipanti ai gruppi di lavoro. Per consultare i testi originali si rimanda alle trascrizioni complete ([http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/alle\\_protokolle\\_bozen\\_05-03-16.pdf](http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/alle_protokolle_bozen_05-03-16.pdf)) dei verbali.

In tutto sono state affrontate 35 tematiche e consegnati altrettanti verbali al Segretariato della Convenzione.

Le proposte contenute nei verbali sono state raggruppate in 14 ambiti tematici (in ordine alfabetico), che corrispondono in larga parte a quelli definiti nei precedenti *open space*:

## **1. Ampliamento dell'autonomia**

Da un lato l'autonomia è considerata un pilastro essenziale per la tutela delle minoranze, il cui annullamento sarebbe visto come un passo indietro. Le discussioni sull'autonomia dovrebbero coinvolgere tutta la società. Dall'altro lato l'autonomia si reputa "svuotata" e al massimo rappresenta una buona soluzione transitoria in prospettiva di una futura indipendenza o del ritorno all'Austria. Allo Stato dovrebbero restare solo due-tre competenze e si dovrebbe garantire la certezza del diritto per le competenze affidate alla Provincia (sopprimendo tra l'altro la clausola di supremazia). Si osserva che il centralismo riguarda anche altre Regioni. In pratica l'autonomia dovrebbe svilupparsi come segue: competenze primarie in ambito sanitario; trasferimento dell'Agenzia delle entrate alla Provincia; principi a tutela del territorio e per evitare l'espansione urbana in ambito urbanistico; competenze primarie sulle politiche di immigrazione e la gestione delle frontiere; autonomia in ambito sportivo (bandiera, inno, comitato olimpico propri); un secondo grado della giustizia amministrativa a Bolzano; internazionalizzazione della Camera arbitrale presso la Camera di commercio; riconoscimento dell'autonomia delle banche di credito cooperativo in Alto Adige nello Statuto di autonomia. Ai sensi del principio di sussidiarietà, le competenze provinciali dovrebbero essere trasferite ai Comuni: a tal fine si dovrebbero stabilire le relative condizioni tenendo in considerazione il ruolo del capoluogo provinciale.

## **2. Autodeterminazione/indipendenza**

Le opinioni relative all'indipendenza dell'Alto Adige sono controverse. Da un lato si chiede il riconoscimento del diritto all'autodeterminazione nello Statuto di autonomia e una consultazione in relazione all'autodeterminazione. Dall'altro lato il sogno di uno Stato indipendente viene definito come irrealistico ed economicamente non attuabile. Altri ritengono invece possibile la costituzione di uno Stato indipendente, in ragione della buona situazione economica dell'Alto Adige. Gli italiani in Alto Adige dovrebbero essere coinvolti in questo processo. Si menziona la Svizzera quale modello di riferimento per un'amministrazione autonoma e una convivenza tra gruppi linguistici differenti. Si afferma che l'Alto Adige appartenga all'Austria. Una conferenza internazionale su territorio neutrale dovrebbe deliberare sul futuro politico-territoriale dell'Alto Adige.

### **3. Cultura**

Lo Statuto di autonomia dovrebbe tenere in considerazione le differenti forme identitarie. La cultura dovrebbe essere vissuta, anche in famiglia, poiché contribuisce a trasmettere ai figli le proprie radici. Gli usi e i costumi provengono dal passato; ne devono nascere anche di nuovi. L'autonomia dovrebbe rafforzare le radici culturali per favorire l'apertura verso l'esterno. La pluralità culturale va preservata. Le associazioni culturali giovanili dovrebbero ricevere un sostegno finanziario e in ambito burocratico, ma non se hanno tendenze nazionalistiche. Dei mediatori bilingui potrebbero far sì che tra la cultura italiana e tedesca si sviluppi un rapporto reciproco.

### **4. Euregio**

I Consigli provinciali dovrebbero trasferire competenze all'Euregio, le cui delibere dovrebbero avere efficacia vincolante nei confronti degli Stati nazionali. Altre questioni sono la cooperazione tra università, il biglietto euroregionale per i mezzi di trasporto pubblici, i campionati sportivi transfrontalieri, la creazione di un senso di appartenenza al territorio dell'Euregio attraverso i media nonché una maggiore partecipazione dei cittadini per le questioni di interesse comune.

### **5. Immigrazione**

L'immigrazione è un argomento di discussione molto controverso. Si dovrebbe mettere fine ai conflitti che hanno scatenato l'ondata di profughi di guerra e fornire un sostegno alla ricostruzione delle zone di guerra. Erigere barriere non rappresenterebbe una soluzione. Un altro partecipante sostiene che le barriere sarebbero necessarie, poiché a causa dei cambiamenti climatici dall'Africa potrebbero potenzialmente giungere in Europa 200 milioni di persone. Limitare l'immigrazione sarebbe necessario per garantire l'efficacia delle misure. Poiché esistono tecnologie per aumentare i raccolti, i cambiamenti climatici non dovrebbero essere considerati una motivazione di fuga dai Paesi d'origine. Si esige la competenza primaria nell'ambito delle politiche di immigrazione e si mette in guardia dal rischio di creare società parallele: "noi" non possiamo accoglierli tutti. Chi viene qui dovrebbe adattarsi, non avanzare pretese e non delinquere. L'accoglienza a un numero elevato di profughi andrebbe a discapito della qualità della vita. Dall'altro lato si menziona l'esempio positivo di Terlan.

### **6. Ladinia**

In regione si dovrebbe istituire un ente territoriale unitario ladino con competenze in ambito amministrativo e legislativo sul modello del Belgio. Oltre ai normali compiti di amministrazione del territorio, questo dovrebbe possedere competenze anche nell'ambito della tutela e dello sviluppo della lingua ladina, della toponomastica, della cultura, degli usi e costumi e dell'istruzione. Per le elezioni politiche si dovrebbe istituire una circoscrizione elettorale comune a tutte le valli ladine. Si reputa che la cooperazione dei ladini dal punto di vista linguistico sia fondamentale per la loro sopravvivenza. La Svizzera sarebbe un esempio da seguire.

### **7. Partecipazione dei cittadini**

Si sottolinea l'importanza della coscienza collettiva e della responsabilità individuale. I

diritti dei cittadini hanno due aspetti: diritti e doveri. Si dovrebbero promuovere il senso civico, la maturità e la partecipazione ai sensi del principio di sussidiarietà, ad esempio in caso di progetti di urbanizzazione e di insediamenti produttivi. La cultura partecipativa dovrebbe trovare fondamento nello Statuto di autonomia. Esempi significativi sono gli incontri con i cittadini in forma di *open space*, le iniziative educative delle scuole, la possibilità di godere del diritto all'informazione.

## **8. Preambolo**

Il preambolo dovrebbe menzionare valori, principi e diritti dell'uomo oltre a diritti e doveri dei singoli ai fini di una società orientata al bene comune, la quale è considerata l'obiettivo primario della legislazione. In particolare con riferimento alle aziende pubbliche sottoposte all'obbligo di verifica dell'efficacia delle proprie attività, si sostiene l'orientamento ai principi economici del bene comune e la redazione di bilanci del bene comune. Dovrebbero essere inoltre accolti nel preambolo allo Statuto il ruolo di potenza tutrice dell'Austria e il concetto di "minoranza austriaca", come anche il diritto alla doppia cittadinanza.

## **9. Proporzionale e plurilinguismo**

Alcuni definiscono la proporzionale un pilastro fondamentale dell'autonomia e strumento inderogabile di tutela di tutti i gruppi linguistici. Per altri è impensabile rendere dichiarazioni di appartenenza linguistica non corrispondenti: la proporzionale sarebbe superata. Dovrebbe essere sospesa per dieci anni, per appurarne gli effetti. La sospensione trova il consenso di alcuni, mentre si respinge l'abbandono dell'obbligo di bilinguismo. Si criticano le dichiarazioni di appartenenza linguistica opportunistiche, dettate da motivi economici.

## **10. Questioni sociali e sanità**

Nello Statuto di autonomia dovrebbe essere menzionata l'equità sociale come condizione fondamentale per la pace. In linea con una cultura della solidarietà, tutto ciò che la comunità guadagna deve ritornare alla stessa. Il quadro della legislazione sociale è di per sé deficitario e si basa sul sistema dei trasferimenti sociali. Il reddito di base incondizionato e un proprio sistema di previdenza sociale dovrebbero trovare riconoscimento nello Statuto di autonomia. Ogni sistema fondato sulla solidarietà avrebbe anche dei limiti.

## **11. Scuola**

Da un lato si discute del mantenimento inderogabile dell'art. 19 dello Statuto di autonomia e ci si esprime contro le sperimentazioni scolastiche. Per prima cosa si dovrebbe apprendere la lingua standard. Di contro si pone l'accento sul diritto dei genitori di scegliere un insegnamento bilingue. A tal riguardo si propone un'integrazione dell'art. 19 per permettere di iscrivere i propri figli anche presso le scuole che ricorrono all'immersione linguistica. Come alternativa si menziona l'adozione di un sistema scolastico orientato a quello britannico. Per quanto concerne la didattica, si chiede un miglioramento dell'insegnamento delle lingue straniere, ma anche un maggior accesso al mondo del lavoro e l'incentivazione dell'apprendimento autonomo. Si suggerisce anche lo sviluppo di progetti pilota che coinvolgano diversi gruppi linguistici. Il diritto dei bambini tedeschi di iscriversi presso scuole dell'infanzia



di lingua tedesca situate in prossimità del luogo di residenza dovrebbe essere riconosciuto nello Statuto di autonomia. Altri pensano all'estensione del modello scolastico ladino alle scuole dell'infanzia. Il tema dell'autonomia dovrebbe costituire materia di studio.

## **12. Sostenibilità**

Lo Statuto di autonomia dovrebbe definire gli indirizzi e obiettivi generali di tutela dell'ambiente, della diversità del paesaggio e della salute. Obiettivo primario di tutte le leggi dovrebbe essere il bene comune; si dovrebbero inoltre rafforzare il senso di responsabilità individuale e il senso civico. Le aziende agricole di piccole dimensioni meriterebbero un'attenzione particolare. Si dovrebbe intervenire sull'attuale sistema di trasporto delle merci, poiché altrimenti si rischierebbe il collasso del traffico autostradale. Si chiede un'informazione trasparente sui relativi costi. I circuiti economici regionali potrebbero ridurre il traffico di passaggio. L'Alto Adige dovrebbe essere preparato ad affrontare un futuro in cui le aspirazioni locali si contrappongono a quelle globali.

## **13. Sudtirolesi vittime di tortura**

Nel corso dell'*open space* due testimoni raccontano dell'esperienza vissuta durante il periodo di custodia cautelare in carcere negli anni '60. Si denuncia il fatto che negli anni della Repubblica furono perpetrati atti di tortura da parte dello Stato italiano e che nella grande maggioranza dei casi questi siano rimasti impuniti. Le torture sono definite sbagliate e illegittime. In memoria delle vittime di tortura sudtirolesi dovrebbe essere istituito un centro di documentazione, una giornata commemorativa con le bandiere a mezz'asta e un minuto di silenzio nel Consiglio provinciale. Davanti alle caserme nelle quali furono perpetrate le torture e alle abitazioni delle vittime o dei loro familiari dovrebbero essere collocate delle "pietre d'inciampo".

## **14. Toponomastica**

Si discute del concetto di "toponomastica interetnica". Con ciò si fa riferimento alla possibilità di un'identificazione di tutti i gruppi etnici con i toponimi storici. La denominazione "Sudtirolo" dovrebbe sostituire quella di Alto Adige. Si deplora il fatto che mancherebbe il coraggio di eliminare i decreti fascisti e che gli approcci di natura tecnica non troverebbero alcun riscontro presso i politici. Si propone inoltre una soluzione che tenga conto della percentuale numerica dei diversi gruppi linguistici nei comuni. Si chiede una discussione civile ed interetnica della questione.